

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

- [DBA-USA 1989 a. F.: Mindeststeuersatz für in den USA ansässige beschränkt Steuerpflichtige](#)
Urteil 30.03.2011, I R 63/10
- [Erbchaftsteuer: Erbschaftsteuerpflicht der Abfindung an einen weichen Erbprätendenten](#)
Urteil 04.05.2011, II R 34/09
- [Zweitwohnungsteuer: Regelungsinhalt und Verfassungsmäßigkeit des § 2 Abs. 5 Buchst. c HmbZWSStG](#)
Urteil 13.04.2011, II R 67/08
- [Einkommensteuer: Nachweis der Einzahlung einer Stammeinlage](#)
Urteil 08.02.2011, IX R 44/10
- [Einkommensteuer: Veräußerungsgewinn i.S. von § 17 Abs. 1 und 2 EStG](#)
Urteil 08.02.2011, IX R 15/10
- [Körperschaftsteuer: Unternehmereigenschaft eines kommunalen Wasserbeschaffungsverbandes](#)
Urteil 02.03.2011, XI R 65/07
- [Insolvenzordnung: Vorsteuerberichtigungsanspruch des Finanzamts als Masseverbindlichkeit](#)
Urteil 09.02.2011, XI R 35/09
- [Umsatzsteuer: Anspruch auf Vorsteuerabzug aus den Bauerrichtungskosten einer Kläranlage für den Rechtsnachfolger eines Abwasserzweckverbandes](#)
Urteil 01.12.2010, XI R 28/08

Urteile und Beschlüsse:

DBA-USA 1989 a. F.: Mindeststeuersatz für in den USA ansässige beschränkt Steuerpflichtige

Urteil 30.03.2011, I R 63/10

GG Art. 3 Abs. 1, Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika Art. XI Abs. 1, 3 und 5, DBA-USA 1989 a.F. Art. 14 Abs. 1, DBA-USA 1989 a.F. Art. 24 Abs. 1 und 2, EStG 2002 § 1 Abs. 4, EStG 2002 § 49 Abs. 1 Nr. 3, EStG 2002 § 50 Abs. 3 Satz 2

amerikanischer Staatsbürger, der in Deutschland Einkünfte aus selbständiger Arbeit bezieht, darf mit diesen Einkünften dem in § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG 2002 bestimmten Mindeststeuersatz unterworfen werden.

Erbschaftsteuer: Erbschaftsteuerpflicht der Abfindung an einen weichenden Erbprätendenten

Urteil 04.05.2011, II R 34/09

BGB § 1922, BGB § 2147, ErbStG § 3

Hat ein Erblasser mehrere Testamente errichtet, in denen er jeweils verschiedene Personen als Alleinerben eingesetzt hat, und ist die Wirksamkeit des zuletzt errichteten Testaments wegen behaupteter Testierunfähigkeit des Erblassers zwischen den potentiellen Erben streitig, ist die Abfindung, die der weichende Erbprätendent aufgrund eines Prozessvergleichs vom zuletzt eingesetzten Alleinerben dafür erhält, dass er die Erbenstellung des Alleinerben nicht mehr bestreitet, kein der Erbschaftsteuer unterliegender Erwerb von Todes wegen i.S. des § 3 ErbStG (Änderung der Rechtsprechung).

Zweitwohnungsteuer: Regelungsinhalt und Verfassungsmäßigkeit des § 2 Abs. 5 Buchst. c HmbZwStG

Urteil 13.04.2011, II R 67/08

GG Art. 3 Abs. 1, GG Art. 6 Abs. 1, HmbMG § 15 Abs. 2 Satz 3, HmbMG § 16 Abs. 2 Satz 3, MRRG § 12, HmbZwStG § 1, HmbZwStG § 2

1. Die in § 2 Abs. 5 Buchst. c HmbZwStG unter bestimmten Voraussetzungen für Zweitwohnungen von Ehegatten oder Lebenspartnern vorgesehene Steuerbefreiung ist auf Zweitwohnungen Alleinerziehender nicht entsprechend anwendbar.

2. § 2 Abs. 5 Buchst. c HmbZwStG verstößt nicht gegen Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 6 Abs. 1 GG

Einkommensteuer: Nachweis der Einzahlung einer Stammeinlage

Urteil 08.02.2011, IX R 44/10

AO § 147, FGO § 76 Abs. 1, FGO § 96 Abs. 1, EStG § 17 Abs. 1, 2

Der Nachweis der Einzahlung einer Stammeinlage im Hinblick auf daraus resultierende Anschaffungskosten i.S. von § 17 Abs. 2 EStG muss nach 20 Jahren seit Eintragung der GmbH nicht zwingend allein durch den entsprechenden Zahlungsbeleg geführt werden. Vielmehr hat das FG alle Indizien im Rahmen einer Ge-

Einkommensteuer: Veräußerungsgewinn i.S. von § 17 Abs. 1 und 2 EStG

Urteil 08.02.2011, IX R 15/10

EStG § 17 Abs. 1, 2

Der Gewinnanteil des Veräußerers einer relevanten GmbH-Beteiligung i.S. von § 17 Abs. 1 EStG ist preisbildender Bestandteil des veräußerten Anteils.

Körperschaftsteuer: Unternehmereigenschaft eines kommunalen Wasserbeschaffungsverbandes

Urteil 02.03.2011, XI R 65/07

KStG § 1 Abs. 1 Nr. 6, KStG § 4 Abs. 1, Abs. 3, Abs. 5 Satz 1, UStG § 1 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1, UStG § 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 1, UStG § 15 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1, Richtlinie 77/388/EWG Art. 4 Abs. 5 Unterabs. 1 und 2, Abs. 5 Unterabs. 3 i.V.m. Anhang D Nr. 2, Abs. 5 Unterabs. 4, Art. 28 Abs. 3 Buchst. b i.V.m. Anhang F Nr. 12

Ein kommunaler Zweckverband in der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, der eine Wasserversorgungsanlage zur Förderung und Abgabe von Trink- und Gebrauchswasser betreibt, ist bei richtlinienkonformer Auslegung des § 2 Abs. 3 Satz 1 UStG i.V.m. § 4 Abs. 3 und 5 KStG Unternehmer.

Insolvenzordnung: Vorsteuerberichtigungsanspruch des Finanzamts als Masseverbindlichkeit

Urteil 09.02.2011, XI R 35/09

AO § 34, AO § 251 Abs. 3, InsO § 38, InsO § 55, InsO § 87, InsO § 108, UStG 1999 § 15a, UStG 1999 § 17 Abs. 2 Nr. 1 Satz 1

Ein Vorsteuerberichtigungsanspruch des FA nach § 15a UStG, der dadurch entsteht, dass der Insolvenzverwalter ein Wirtschaftsgut abweichend von den für den ursprünglichen Vorsteuerabzug maßgebenden Verhältnissen verwendet, gehört zu den Masseverbindlichkeiten und kann durch Steuerbescheid gegenüber dem Insolvenzverwalter geltend gemacht werden.

Umsatzsteuer: Anspruch auf Vorsteuerabzug aus den Bauerrichtungskosten einer Kläranlage für den Rechtsnachfolger eines Abwasserzweckverbandes

Urteil 01.12.2010, XI R 28/08

UStG 1993 § 2 Abs. 1, Richtlinie 77/388/EWG Art. 20 Abs. 1 und 2, UStG 1993 § 15 Abs. 1, UStG 1993 § 15 Abs. 1

1. Der Vorsteuerabzug ist von einem Unternehmer für den Besteuerungszeitraum geltend zu machen, in dem die Berechtigung zum Vorsteuerabzug entstanden ist.
2. War der Leistungsempfänger zu dem danach maßgeblichen Zeitpunkt nicht Unternehmer, kann der Vorsteuerabzug seinem Rechtsnachfolger nicht nachträglich gemäß § 15a UStG gewährt werden.